

Positionspapier

Studium Bolognese?! – Der Bologna-Prozess und die Folgen

Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen stellen im Jahr 2008 das dringendste Problem für die Studierenden dar. Deshalb hat sich Campusgrün Bayern intensiv damit beschäftigt und als Kernthema des Sommersemesters und der Hochschulwahlen 2008 benannt. In diesem Positionspapier werden die wichtigsten Beobachtungen und Forderungen fest gehalten.

Als die europäischen Bildungsminister am 19. Juni 1999 in Bologna ihre „Bologna-Erklärung“ verabschiedeten und damit den Prozess auf den Weg brachten, der den Namen dieser traditionsreichen europäischen Universitätsstadt erhalten sollte, wurde ein gemeinsamer „europäischer Hochschulraum“, ein „Europa des Wissens“ als Ziel anvisiert. Mobilitätsbarrieren sollten abgebaut, Leistungskriterien vereinheitlicht, Abschlüsse und Curricula harmonisiert und eine beständige Qualitätssicherung durchgeführt werden. Neun Jahre danach läuft die Umsetzung in Deutschland auf Hochtouren, die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master verbreiten sich mit zunehmender Geschwindigkeit, natürlich auch in Bayern. Doch was ist von den hehren Zielen geblieben? Und wie steht es um die Zielgruppe dieses Wandels, die Studierenden? Campusgrün Bayern gibt Antworten.

Wenn heute von Bachelor/Master-Studiengängen die Rede ist unter Studierenden, kommt sehr schnell die Sprache auf die **stark zugenommene Arbeitsbelastung**. Vielen scheint es, als seien die alten vierjährigen Diplomstudiengänge einfach auf drei Jahre zusammen gestaucht worden, ohne die Inhalte anzupassen. Zudem erfordert die strikte Ausrichtung auf das Leistungspunktsystem (*European Credit Transfer System*, ECTS), dass wesentlich mehr Prüfungen stattfinden.ⁱ Mit der stark angestiegenen Zahl an Klausuren und Hausarbeiten sind übrigens nicht nur die Studierenden, sondern bisweilen auch die Prüfungsämter der Universitäten überfordert, die plötzlich ein Mehrfaches an Prüfungen pro Semester bewältigen müssen. Das kostet nicht nur viel Geld, sondern die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Professoren haben dadurch teilweise deutlich weniger Zeit für ihre wissenschaftliche Forschungsarbeit. Darunter leiden auch die Betreuung der Studierenden und die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen.

Bei 25-30 Wochenstunden pro ECTS-Punktⁱⁱ und einer durchschnittlichen Semesterstundenzahl von 25 Stunden benötigt ein Studierender also 45-54 Stunden in der

Woche fürs Studium.ⁱⁱⁱ Auf diese Weise bleibt, gerade in der Klausenzeit, kaum noch Zeit für außeruniversitäre Aktivitäten, private Hobbys oder einen Nebenjob. Der erhöhte Prüfungsdruck führt zudem zu starken psychosozialen Belastungen^{iv}, so dass entsprechende psychische Schäden bei Studierenden stark zunehmen.^v Dazu kommt der heutige gesellschaftliche Druck, möglichst schnell und „effizient“ zu studieren und nebenbei möglichst viele lebenslauffaugliche Engagements, Auslandsaufenthalte und Praktika vorweisen zu können. Für Studierende, die sich ihr Studium selbst verdienen müssen, wird der Stress möglicherweise so groß, dass sich einige überlegen, gar nicht erst ins Studium einzusteigen oder abbrechen. In der Tat ist die Abbrecherquote in Bachelor-Studiengängen in Deutschland signifikant höher als in anderen Studiengängen mit „alten“ Studienabschlüssen, nämlich bei 30% über alle Fachgruppen hinweg im Vergleich zu 21% Studienabbrechern insgesamt.^{vi}

Campusgrün Bayern fordert, dieser Problematik mit folgenden Maßnahmen zu begegnen:

- Respektieren der „Study-Life-Balance“: Die durchschnittliche Anzahl an Arbeitsstunden pro ECTS-Punkt muss gesenkt werden bzw. die ECTS-Punkte pro Prüfung erhöht werden.
- Die Bachelorprogramme konsequent auf drei Jahre zu konzipieren.
- Die Anzahl der Prüfungen pro Semester zu senken, damit sich die Studierenden nicht nur mit Lernen beschäftigen müssen, sondern gerade auch sich mit ihren Studieninhalten kritisch auseinander setzen können.

Die Idee des *European Credit Transfer Systems* ist es, eine stärkere Vergleichbarkeit der Leistungen von Studierenden in den Partnerländern herzustellen. Grundsätzlich ist dieses Bestreben sehr zu begrüßen, jedoch sieht die Realität leider ganz anders aus: Die Leistungspunktevergabe unterscheidet sich nicht nur innereuropäisch, sondern bereits zwischen den deutschen Bundesländern, zwischen den Hochschulen eines Bundeslandes und bisweilen sogar an ein und derselben Hochschule. So kann es vorkommen, dass die Punkte abhängig sind von der Wahl des Moduls – ganz unabhängig von der Leistung. Wer also ein Proseminar mit einer Hausarbeit abschließt bekommt in der Regel fünf Leistungspunkte, nicht jedoch, wenn er das „Proseminar mit Hausarbeit“ auswählt – dann sind es doppelt so viele Leistungspunkte.^{vii} Auch kann die Leistungspunktezahl zwischen verschiedenen Studiengängen für die gleiche Veranstaltung unterschiedlich sein. Dem wird in der Regel mit etwas hilflosen „Zusatzleistungen“ wie „Ko-Referaten“ oder einer zusätzlichen Anzahl Fragen in der Klausur für Studiengänge mit „Prüfungsmodul“. All diese Versuche können doch nicht darüber hinweg täuschen, dass die **angestrebte Vergleichbarkeit in keiner Weise gegeben** ist. Wenn es noch nicht einmal an einer Universität möglich ist, dass sich verschiedene Fachbereiche bei der Vergabe von Leistungspunkten für bestimmte Veranstaltungen verständigen, wie soll das dann zwischen verschiedenen Universitäten und Ländern klappen?

Daher fordert Campusgrün Bayern:

- Gleiche ECTS-Punkte für gleiche Leistung!
- Anerkennung der Leistungen im gleichen Fach nicht nur innerhalb Europas, sondern auch innerhalb eines (Bundes-)Landes!

Das ECTS soll wie der gesamte Bologna-Prozess auch zu einer verbesserten Mobilität der Studierenden in Europa führen, um den innereuropäischen Bildungsaustausch

zu verbessern und zur Völkerverständigung beizutragen. Die Anerkennung und Vergleichbarkeit der Studienleistungen ist aber nach wie vor stark verbesserungsbedürftig. Problematisch ist aber vor allem auch, dass der straff auf sechs Semester angelegte Bachelorstudiengang häufig gar nicht die Möglichkeit lässt für ein **Auslandssemester**, das die Studiendauer nicht verlängert. Auch **Praxiserfahrungen** kommen so leicht zu kurz – dabei werden sie gerade von der Wirtschaft immer wieder gefordert. Doch ein Bachelorstudierender überlegt es sich inzwischen sehr gut, ob er ein dreimonatiges Praktikum wirklich antreten kann, wenn es in die Vorlesungszeiten hineinragt oder komplett in diesen stattfindet.

Dagegen bieten bi- oder sogar trilinguale Studiengänge eine sehr gute Möglichkeit, Internationalität zu fördern. Die Umsetzung solche Angebote ist aber häufig noch mit erheblichen Transaktionskosten für die Studierenden verbunden.

Campusgrün Bayern fordert in diesem Zusammenhang:

- Aufnahme der Möglichkeit von Auslandssemestern und Praktika in neue Studienordnungen
- Förderung von mehrsprachigen Studiengängen mit Doppelabschlüssen
- Vereinheitlichung der Leistungsschemata und Curricula in Grundlagenveranstaltungen eines Faches europaweit

Die neuen Studiengänge umweht ein sehr hartnäckiger Ruf – sie seien zu „verschult“, was immer das im Einzelnen heißen mag. An die Hand genommen werden die Studierenden bei ihrer Wahl nicht, sondern ihnen wird ein fertiges Angebot präsentiert, das sie nur akzeptieren können. Vielen Studierenden ist gar nicht bewusst, dass man häufig auch Studienleistungen, die vielleicht nur vage in der Studienordnung benannt sind, durch ursprünglich nicht für das Modul vorgesehene Veranstaltungen substituieren kann, je nach Dozent und Prüfungssekretariat natürlich.

Vielleicht werden den Studierenden ja erst grundlegende Methoden, Techniken und Annahmen des Faches beigebracht, bevor speziellere Kurse folgen? Da die Trennung zwischen Grund- und Hauptstudium im Bachelorstudium praktisch aufgehoben ist, trifft auch das nicht wirklich zu. Zwar gibt es häufig eine Unterscheidung zwischen „Basismodulen“ und „Prüfungs-“ oder Schwerpunktmodulen“, doch die konsekutive Abwicklung ist in der Regel nur eine Empfehlung und lässt sich häufig wegen des Studienangebots gar nicht konsequent verfolgen. Auch wurden bisweilen Grundlagenveranstaltungen gestrichen oder in speziellere Veranstaltungen integriert.^{viii} Die Vermittlung von propädeutischen Methoden und Techniken ist, je nach Studiengang, sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einige verfügen über dezidierte Kurse in grundlegenden propädeutischen Fächern, bei anderen muss die Aneignung solcher Fähigkeiten auf studentische Tutorien verschoben werden oder ganz an den Rand gedrängt werden. Wissenschaftstheoretische Grundlagen werden oft nur en passant behandelt, statt ihnen gebührenden Raum einzuräumen.

Was auch immer die Verschulung bedeuten mag – sicher ist, dass die **studentische Wahlfreiheit** in den meisten Studiengängen **rapide zurückgegangen** ist. Es gibt sogar einige Studiengänge, die praktisch gar keine Wahlfreiheit im Bachelor hatten.^{ix} So wichtig auch die Vermittlung eines breiten fachlichen Grundlagenkanons sein mag – in drei Jahren wird sicher auch Zeit für eine erste Schwerpunktbildung sein können. Ein ganz entscheidendes Merkmal des Studierens ist die individuelle Beschäftigung mit den Studieninhalten, mit Positionen, Thesen und Theorien des Fachs, und die Suche nach eigenen Interessenschwerpunkten. Erst in dieser Auseinandersetzung

kann Wissenschaft und Innovation entstehen. Im Studium soll neben dem Erwerb von (z.T. relativ schnell vergänglichem) fachlichem Wissen gerade auch die Möglichkeit zu Reflexion, kritischem Hinterfragen und eigenständigem, wissenschaftlichen Arbeiten stehen. Wenn die Studiengänge aber zu einer reinen Abfrage des Gelehrten in starr vorgegebenen Veranstaltungen verkommt, dann degradiert auch das Studium zu einer reinen Wissensaggregation, die aufgrund der Abfragetechniken bzw. der Fülle des Stoffs in der Regel noch nicht einmal besonders nachhaltig ist. Die Modularisierung und die hohe Zahl von Pflichtkursen schränken das Denken dabei weiter unnötig ein. Daher sieht Campusgrün Bayern die Gefahr, dass diese Kerninhalte eines Studiums auf der Strecke bleiben. Hochschulbildung darf nicht zur reinen Ausbildung verkommen!

Um dieser Entwicklung vorzubeugen, fordert Campusgrün Bayern:

- Eine Vergrößerung der Wahlfreiheit sowohl auf fachlicher als auch auf außerfachlicher Ebene („Studium Generale“). Mindestens 10% der Leistungspunkte sollen aus Veranstaltungen stammen, die frei aus dem Angebot der Universität wählbar sind.
- Ermöglichung von fachlicher Schwerpunktbildung
- Ein sinnvolles Maß an propädeutischen Kursen für untere Semester, zu denen auch praxisnahe Veranstaltungen zu den Methoden und Techniken wissenschaftlichen Arbeitens (allgemein und im eigenen Fach) gehören sollten.
- Eine regelmäßige Evaluierung aller Lehrveranstaltungen. Die Resultate müssen veröffentlicht werden, so dass Druck für Dozierende entsteht, ihr möglicherweise verbesserungswürdiges Lehrangebot zu verändern. Auch könnte sich so ein positiver Wettbewerb um die beste Lehre entfalten, wie er z.B. in den USA an einigen Universitäten praktiziert wird.

Die Einführung des zweigliedrigen Bachelor/Master-Systems hat die deutsche Wirtschafts- und Hochschullandschaft anfangs überfordert. Dies gilt insbesondere auf die Bewertung des Bachelorabschlusses hinsichtlich arbeitsmarktpolitischer Anforderungen. Man kannte nur Diplom, Magister und Staatsexamen (das in vielen Fächern auch noch erhalten ist) – Studienabschlüsse mit mindestens vierjähriger Regelstudienzeit. Es wurde befürchtet, dass der dreijährige Bachelorabschluss nicht das Niveau erreichen kann, was bisher gefordert wurde. Die entstehende Unsicherheit führte dazu, dass viele Studierende nach dem Bachelor den Master anstreben wollen, nicht nur für eine wissenschaftliche Vertiefung oder Erweiterung ihres Fachs, sondern auch um sich besser auf dem Arbeitsmarkt zu positionieren. Laut einer aktuellen Studierendenbefragung war für 78% aller Bachelorstudenten deutschlandweit die Möglichkeit eines anschließenden Masters ein Grund, diesen Studienabschluss zu wählen.^x

Angesichts solch enormen Zuspruchs für den Master verwundert es doch sehr, dass in Bayern derzeit zwar keine genauen politischen Vorgaben für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium bestehen, die Kapazitäten und Ressourcen aber gerade mal für geschätzte 50% aller Bachelorabsolventen reichen.^{xi} Angesichts der noch unsicheren Situation auf dem Arbeitsmarkt für manche Bachelorfächer und der Notwendigkeit auch einer vertieften wissenschaftlichen Ausbildung im Master ist diese Quote viel zu niedrig angesetzt. Jeder sollte die Möglichkeit zu einem fünfjährigen, wissenschaftlichen Studium nach seinen Fähigkeiten haben.

Nicht nur die **Quotierung der Masterstudienplätze** ist besorgniserregend, auch die mangelnde gesetzliche Begrenzung der Studiengebühren für „weiterführende Studiengänge“^{xii} wenigstens nicht über das Niveau der normalen Studiengebühren hinaus zu gehen, kann zu erheblichen negativen Effekten führen. Wirken die existierenden Studiengebühren bereits sozial selektiv, so ist die nach oben völlig offene Möglichkeit einiger Masterstudiengebühren^{xiii} ein verstärktes Mittel, um die finanzschwachen Mitglieder der Gesellschaft von der höheren Bildung auszuschließen bzw. ihnen den Zugang erheblich zu erschweren.

Um diesen Problemen zu begegnen, fordert Campusgrün Bayern:

- Aufstockung der Kapazitäten für Masterstudierende an bayerischen Universitäten. Es muss genügend Masterstudienplätze für alle geben.
- Abschaffung der Möglichkeit der Erhebung von Studiengebühren für weiterführende Studiengänge (d.h. Master)

Abschließend betont Campusgrün Bayern den Grundsatz, dass in der Tradition des Humboldtschen Bildungsideals das Studium den ganzen Menschen umfassend bilden und nicht nur nutzenorientiert dem Arbeitsmarkt dienen soll. Die mangelhafte Umsetzung der Bologna-Ziele, gerade auch in Bayern, gefährdet dieses Ideal. Deswegen ist es längst Zeit, mit den angezeigten Maßnahmen diesem Prozess gegenzusteuern. Die Studierenden müssen endlich in allen Gremien angemessen vertreten sein und mitentscheiden können. Zuviel ist bisher an ihren Interessen vorbei entschieden worden.

Der Bologna-Prozess ist ein weiterer großer Schritt zur europäischen Einigung. Trotz zahlreicher Probleme bei der Umsetzung der Bologna-Ziele bietet der Grundgedanke der Hochschulreform den Studierenden sehr gute Möglichkeiten. Daher unterstützen die grünen Hochschulgruppen von Campusgrün Bayern grundsätzlich die Integration des europäischen Hochschulraumes. Jedoch dürfen dabei nie die einzelnen Studierenden vergessen werden, welche nachher die Leittragenden schlechter Reformen sind. Wenn der Prozess jedoch gelingt und die bisherigen Fehlentwicklungen behoben werden, kann die Harmonisierung des europäischen Hochschulraums ein wichtiger Schritt hin zu einem verbesserten europäischen Austausch sein und zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität.

Vorstand Campusgrün Bayern

ⁱ Vgl. Nina Trentmann: *Der Kampf der Systeme*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Mai 2008

ⁱⁱ Hochschulrektorenkonferenz: *ECTS als System zur Anrechnung, Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen*, Entschließung des 98. Senats vom 10. Februar 2004, Bonn

ⁱⁱⁱ Bei einer Semesterlänge von 14 Wochen (z.B. Sommersemester 2008)

^{iv} Diese Problematik wurde übrigens bereits 2001 von den europäischen Bildungsministern anerkannt, siehe: *Auf dem Weg zum europäischen Hochschulraum*. Communiqué des Treffens der europäischen Hochschulministerinnen und Hochschulminister am 19. Mai 2001 in Prag: „Die Ministerinnen und Minister bestätigten auch die von den Studierenden erneut vorgebrachte Notwendigkeit, die soziale Dimension des Bologna-Prozesses zu berücksichtigen.“

^v Deutsches Studentenwerk: *Studieren bis zum Umfallen*, in: *DSW Journal*, 02/2007, S.24 f.

^{vi} vgl. Ulrich Heublein/Robert Schmelzer/Dieter Sommer: Die Entwicklung der Studienabbruchquote an den deutschen Hochschulen. Ergebnisse einer Berechnung des Studienabbruchs auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2006, HIS Projektbericht Februar 2008, S.4

^{vii} So Praxis beispielsweise im BA-Studiengang „Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ an der Universität Passau, siehe: *Studien- und Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang*

„Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ an der Philosophischen Fakultät der Universität Passau vom 11. Juli 2007 in der Fassung der Änderungssatzung vom 17. Januar 2008, in: Universität Passau, http://www.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/beschaefigte/Rechtsvorschriften/StO_und_PO/PhilF/PO-StudO-BA_Governance_and_Public_Policy.pdf, 04.06. 2008, S.17

^{viii} An der Universität Passau gibt es zum Beispiel praktisch keine Vorlesung „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ mehr

^{ix} Dies ist zum Beispiel der Fall beim Bachelorstudiengang „Biochemie“ an der Universität Bayreuth, siehe <http://www.uni-bayreuth.de/verwaltung/abt1/amtliche-bekanntmachungen/2006/2006-77.pdf>, 08.06.2008

^x Marian Krawietz: *Bachelor! Was Sonst? Abschlussarten deutscher Studienanfänger im WS 2006/07*, HISBUS Kurzinformation Nr.17, 2007, in: Hochschulinformationssystem GmbH, <https://hisbus.his.de/hisbus/docs/hisbus17.pdf>, abgerufen am 05.06.2008

^{xi} Johanna Witt/ Thimo von Stuckrad: *Kapazitätsplanung in gestuften Studienstrukturen. Vergleichende Analyse des Vorgehens in 16 Bundesländern*, Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Arbeitspapier Nr.89, Gütersloh, Mai 2007, S. 16

^{xii} Vgl. Art.71 Abs.8 BayHschG

^{xiii} So betragen die Studiengebühren für den berufsbegleitenden Master „Sozialarbeit in der Psychiatrie“ (Master Mental Health)“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in München € 7200 im Jahr, siehe <http://www.mmh.hm.edu/service/faq.htm>, abgerufen am 05.06.2008